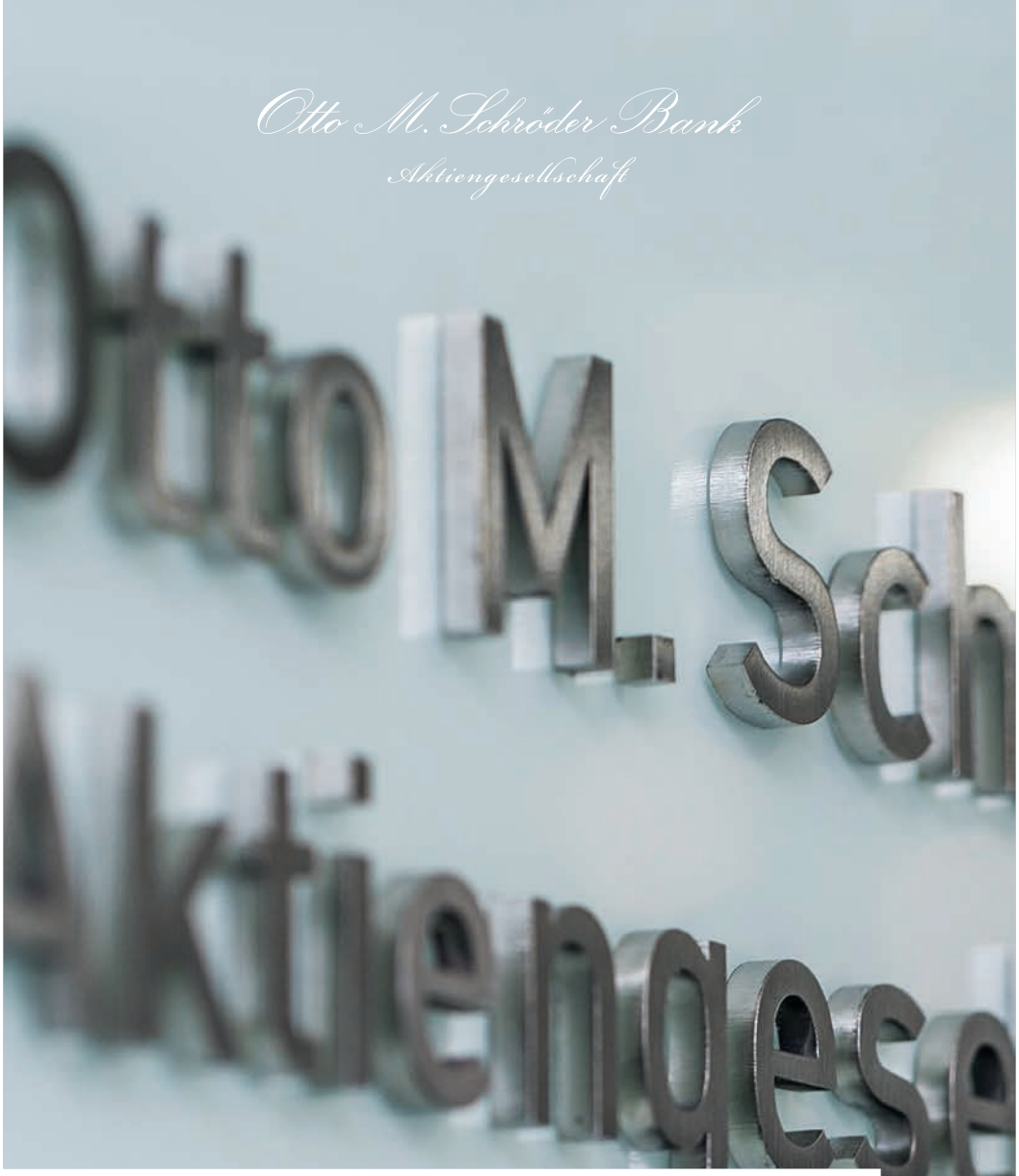
Otto M. Schröder Bank

Aktiengesellschaft



GESCHÄFTSBERICHT 2025

OTTO M. SCHRÖDER BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

GESCHÄFTSBERICHT 2025

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Die wesentlichen Geschäftsfelder der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg, sind die Immobilien-Zwischenfinanzierung im wohnwirtschaftlichen Bereich und die Vermögensanlage.

In der Zwischenfinanzierung unterstützen wir Bestandshalter, Investoren und Bauträger bei wohnwirtschaftlichen Immobilienprojekten vorrangig in unseren Kernmärkten Hamburg, Berlin und Sylt. Die Vermögensanlage konzentrieren wir kontinuierlich auf die Vermögensverwaltung und das beratungsfreie Geschäft mit Privatkunden, Stiftungen und institutionellen Kunden.

Das Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber der wesentlichen Bereiche zielgerichtet abzubilden. Dafür nutzt die Bank Kennzahlen zur einheitlichen und effektiven Steuerung unter Zugrundelegung von handels- und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Die bedeutsamsten Steuerungskennzahlen sind das Zinsergebnis, das Provisionsergebnis, die Risikotragfähigkeit, das Kundenkreditvolumen sowie das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen.

Für die Steuerung wird eine monatliche Betriebsergebnisrechnung sowie die monatliche Analyse der Schlüsselindikatoren im Kreditgeschäft und in der Vermögensanlage genutzt. Weitere Elemente der Gesamtbanksteuerung sind der jährliche Strategie- und Planungsprozess sowie das Risikotragfähigkeitskonzept.

Zur grundsätzlichen Entwicklung dieser Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr wird auf das Kapitel „Wirtschaftsbericht“ bzw., für das Jahr 2026, auf das Kapitel „Prognosen, Chancen und Risiken“ verwiesen.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturelle Entwicklung 2025

Nach der wirtschaftlichen Stagnation in den Jahren 2023 und 2024 zeigten sich zum Ende 2025 erste Anzeichen einer leichten konjunkturellen Belebung. Die gesunkene Inflation und rückläufige Energiepreise wirkten stabilisierend, während sich die Auftragseingänge in der Industrie zuletzt verbessert haben.

Demgegenüber standen weiterhin strukturelle und konjunkturelle Belastungsfaktoren. Hierzu zählten insbesondere der anhaltende Arbeits- und Fachkräftemangel, geopolitische Unsicherheiten, Bürokratiehemmnisse sowie eine insgesamt verhaltene Investitionstätigkeit. Der Arbeitsmarkt zeigte sich weitgehend stabil, jedoch ohne nennenswerte Wachstumsimpulse.

Dies führte zu einer nur leicht positiven konjunkturellen Entwicklung, welche im Vergleich zu anderen großen westlichen Volkswirtschaften geringer ausfiel. Die Insolvenzzahlen in der deutschen Wirtschaft haben sich im Jahr 2025 weiter auf deutlich erhöhtem Niveau bewegt. Die Inflationsrate ist im Jahresverlauf weiter gesunken und lag mit 2,1 % weiter nahe am Zielniveau der Europäischen Zentralbank.

Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft spiegelten sich in einem nur leicht steigenden Bruttoinlandsprodukt wider. Nach Angaben des statistischen Bundesamts ist dieses preis- und kalenderbereinigt leicht um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Kapitalmärkte

Die Aktienanleger blicken ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen auf ein gutes Börsenjahr 2025 zurück. Der Deutsche Aktienindex (DAX) hat auf Jahressicht um etwa 23,0 % zugelegt, was auch im Hinblick auf das Vorjahr (Anstieg um 18,8 %) erneut ein sehr starkes Ergebnis war. Der DAX schwankte im Jahresverlauf deutlich zwischen dem Tiefststand von 19.909 Punkten und dem zwischenzeitlichen Allzeithoch von 24.611 Punkten. Die „Top 3“ im DAX haben dabei eine Performance zwischen +130 % und +154 % erreicht, dazu zählen Siemens Energy, Rheinmetall und die Commerzbank. Dagegen haben mit bis zu -33 % Symrise, adidas und Beiersdorf am stärksten nachgegeben. Auf den internationalen Börsenplätzen in Europa (EURO STOXX +18,3 %) und Amerika (Dow Jones +13,0 %) entwickelten sich die Aktien ebenfalls positiv. Auch der Aktienmarkt in

China stieg im Jahr 2025 (Hang Seng +27,8 %).

Der Rentenmarkt entwickelte sich im abgelaufenen Jahr leicht positiv. Der REX stieg auf Jahressicht etwa um 1,4 %. Nach dem starken Vorjahr setzte sich die positive Entwicklung bedingt durch den weiteren Rückgang der Inflation und durch die Zinssenkungen der EZB fort. Dagegen stiegen die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen auf Jahressicht leicht auf 2,85 % (Vorjahr 2,39 %).

Immobilienmärkte

Bereits im Jahr 2022 löste die erfolgte Zinswende konjunkturelle Bremseffekte, insbesondere am Immobilienmarkt aus, deren weitere Verstärkung im Jahr 2023 zu spürbaren Verwerfungen führten. Im Geschäftsjahr 2024 begannen die Immobilienpreise sich etwas zu stabilisieren, veränderten sich auf Jahressicht aber nur wenig. Im Jahr 2025 setzte sich diese Stabilisierung fort. Die Baukosten stiegen auf Jahressicht um 3,3 %. Hierbei spielten Baustandards bzw. energetische Anforderungen eine entscheidende Rolle. Die Transaktionen auf den Immobilienmärkten in den Regionen Hamburg und Berlin zogen etwas an. In den Top 7 Metropolen erholten sich die Preise in den vergangenen Monaten entsprechend um 1,5 % bei Ein- und Zweifamilienhäusern und sogar um 4,8 % bei Eigentumswohnungen.

Auch zu Beginn des Jahres 2026 setzen sich die leichten Erholungstendenzen fort. Unterstützend wirkt hierbei die unverändert starke Nachfrage nach Mietwohnraum bei fehlendem Angebot und geringen Bautätigkeiten. Diese führen zu entsprechenden Mietpreisentwicklungen. Die Mieten erhöhten sich im Jahr 2025 bundesweit durchschnittlich um 2,1 %. Gleichzeitig blieben in Hamburg die Immobilienpreise von Bestandsimmobilien laut einer Studie der Landesbausparkasse NordOst AG für Ein- und Zweifamilienhäuser mit einem Anstieg um 0,4 % nahezu konstant und stiegen für Eigentumswohnungen um 4,0 %. Bei Neubauimmobilien erhöhten sich die Preise für Ein- bzw. Zweifamilienhäuser um 5,6 % und für Eigentumswohnungen um 1,1 %. Die Preise von Bestandsimmobilien im Hamburger Umland sind sowohl für Ein- und Zweifamilienhäuser als auch für Eigentumswohnungen gestiegen. Bei Neubauimmobilien im Hamburger Umland gab es bei den Ein- bzw. Zweifamilienhäusern einen Preisanstieg um 5,6 % und bei den

Eigentumswohnungen einen Preisanstieg um 1,1 %.

Unser wichtigster Immobilienmarkt mit circa zwei Dritteln des Kreditportfolios ist nach wie vor Berlin. Dort und im Umland entwickelten sich in 2025 laut einer Studie der Guthmann Estate GmbH die Preise für bestehende Wohnimmobilen mit einem Plus von 6,0 % positiv, und stiegen bei Neubauimmobilien ebenfalls um 2,8 % an.

Auch der Immobilienmarkt auf Sylt hat sich im Vergleich zu den letzten zwei Jahren stabilisiert. Im vergangenen Jahr gab es je nach Segment sowohl Preissteigerungen als auch leichte Preisrückgänge.

Geschäftsentwicklung unserer Bank

Unsere beiden wesentlichen Geschäftsbereiche, die Zwischenfinanzierung von Wohnimmobilien für unsere Zielkunden und die Vermögensanlage, haben sich im Geschäftsjahr 2025 grundsätzlich zu unserer Zufriedenheit entwickelt und liegen zusammen betrachtet über der geplanten Ertragszielgröße.

In der Vermögensanlage wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Kunden- und Interessentenveranstaltungen durchgeführt. Das von uns verwaltete Vermögen sowie die Erträge in diesem Segment lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Im Kundenkreditgeschäft wurde das Neugeschäft aufgrund der Entwicklungen an den Immobilienmärkten weiterhin strategisch vorsichtig gesteuert. Im Ergebnis führte dies zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden um etwa 7,4 %.

Insgesamt lag die geschäftliche Entwicklung nach Bewertungsergebnis unter unseren Erwartungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Am Bilanzstichtag lagen unsere Forderungen an Kunden mit 311,0 Mio. Euro um 24,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert und unter dem Planwert. Unter Einbeziehung von Bürgschaftsverpflichtungen und offenen Kreditzusagen weisen wir ein um 25,0 Mio. Euro niedrigeres Kundenkreditvolumen von 332,7 Mio. Euro aus. Das jahresdurchschnittliche Kundenkreditvolumen blieb hingegen gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant.

Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten sind mit 55,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Mio. Euro gesunken (Vorjahr: 67,2 Mio. Euro). Dieser Rückgang ist stichtagsbedingt und ergibt sich vor allem aus der insgesamt geringeren Bilanzsumme. Die Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten sind mit 4,0 Mio. Euro um 4,1 Mio. Euro zurückgegangen. (Vorjahr: 8,1 Mio. Euro). Dieser Rückgang ergibt sich aus den Fälligkeiten im Geschäftsjahr 2025 für die keine neuen Anleihen gezeichnet worden sind.

Vor dem Hintergrund des geringeren Bestands der Kundenforderungen zum Bilanzstichtag gingen unsere zur Refinanzierung hereingenommenen Kundeneinlagen um 28,5 Mio. Euro auf 272,6 Mio. Euro zurück.

Die Eigenmittel unserer Bank betrugen 76,0 Mio. Euro. Der Bilanzgewinn soll nach Beschluss der Hauptversammlung vollständig auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesamtkapitalquote nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) in Verbindung mit (EU) Nr. 2019/876 (CRR II) betrug am Bilanzstichtag ebenso wie die Kernkapitalquote 20,2 %.

Die Otto M. Schröder Bank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Liquidität haben wir eingehalten.

Das operative Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern, Wertberichtigungen sowie Zuführungen zur Rücklage nach § 340 g HGB) von 14,1 Mio. Euro lag etwa um 3,0 % über dem Vorjahresergebnis.

Die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren der Otto M. Schröder Bank AG sind das Zins- und Provisionsergebnis, das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen, das Kundenkreditvolumen, die Verwaltungsaufwendungen und die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden nicht zur Steuerung der Bank genutzt.

Das Zinsergebnis, das fast ausschließlich auf das Kundenkreditgeschäft entfällt, reduzierte sich um rund 6,0 % auf 17,9 Mio. Euro und lag damit unter unserer Planung. Dieser Rückgang ist vor allem durch die

Zinslosstellung von NPL-Forderungen begründet.

Das Provisionsergebnis erhöhte sich um 26,3 % auf 4,2 Mio. Euro und lag damit über der Planung. Das Provisionsergebnis der Vermögensanlage stieg hierbei um 59,0 % und auch das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich um 2,0 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöht. Der Anstieg des Provisionsergebnisses in der Vermögensanlage ist durch den Anstieg des Handelsvolumens und des Depotvolumens begründet.

Das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr um 14,8 % gestiegen und lag damit über dem Planwert.

Die Verwaltungskosten der Bank gingen um 7,4 % auf 8,0 Mio. Euro zurück und lagen unter unserer Planung. Die Veränderung dieses Postens ist im Wesentlichen durch den Wegfall der einmaligen Aufwendungen im Rahmen eines Projektes begründet. Der Personalaufwand ging um 8,5 % auf 4,7 Mio. Euro zurück und lag unter unserer Planung. Der Rückgang ist durch temporäre unterjährige Vakanzen begründet.

Die Aufwendungen für die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft lagen im Berichtsjahr saldiert bei 8,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro) und damit deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Ausschlaggebend für den Anstieg waren die Bildung von Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen nach der Methode des IDW RS BFA 7. Die Auflösung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB, welche nicht als Eigenmittel angerechnet wurden, hat diesem Anstieg entgegengewirkt. Die gebildeten Wertberichtigungen decken die bestehenden Risiken im Kreditportfolio nach unserer Einschätzung ausreichend ab.

In der Steuerposition spiegeln sich neben der geschäftlichen Entwicklung auch die unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäbe zwischen Handels- und Steuerrecht in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen wider.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2025 beträgt 0,9 Mio. Euro (Vorjahr 8,9 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags ergibt sich ein Bilanzgewinn von 0,9 Mio. Euro.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank AG ist geordnet.

3. BERICHT ÜBER DAS RISIKOMANAGEMENT

Überblick

Die Risikopositionen unserer Bank liegen überwiegend im Bereich der Adressenausfallrisiken. Daneben werden Zinsänderungsrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken als wesentlich eingestuft.

Wir benutzen zur Messung und Steuerung der Risiken ein strategisches Controlling. Die Ziele der Risikopolitik legt der Vorstand unter Beachtung einer rendite- und risikoorientierten Ausrichtung fest. Jederzeit muss das Eigenkapital ausreichen, um die Risiken, selbst bei Kumulierung und gleichzeitigem Eintritt aller Risiken, abdecken zu können. Wir nutzen ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer normativen und ökonomischen Perspektive. Die beiden Perspektiven ergänzen sich und fließen ineinander über. Wir befassen uns regelmäßig mit der Kapitalausstattung der Bank, um sicherzustellen, dass einerseits die Risiken hinreichend durch internes Risikodeckungspotenzial unterlegt sind und anderseits aufsichtsrechtliche Anforderungen eingehalten werden. Zur Weiterentwicklung und Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts sind vom Vorstand Prozesse installiert, um die jederzeitige Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Aufgaben unseres Risikocontrollings sind die Erfassung und zeitnahe Bewertung aller als wesentlich identifizierten Risiken einschließlich der Treiber von Nachhaltigkeitsrisiken. Jährlich werden hierzu die strategische Ausrichtung sowie das Geschäftsmodell auf neue, noch nicht identifizierte Risiken sowie damit verbundene Risikokonzentrationen hin untersucht. Für alle als wesentlich identifizierten Risiken, die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts quantifiziert werden, sind Risikolimite vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat genehmigt, um die Risikobereitschaft wirksam zu steuern. Sowohl für erwartete sowie unerwartete Risiken sind Maßnahmen zur Limitierung, Überwachung, Risikosteuerung und Berichterstattung implementiert. Darüberhinausgehende Risiken, die nicht Bestandteil der Risikotragfähigkeitsberechnung sind, steuern wir auf Basis geeigneter Verfahren. Für alle als nicht-wesentlich identifizierten Risiken halten wir zusätzlich einen freiwilligen Managementpuffer in Prozent des Eigenkapitals in der normativen Perspektive sowie als ein Anteil in der ökonomischen Perspektive vor. Monatlich werden der Vorstand und der Aufsichtsrat über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert. Darüber hinaus informiert das Risikocontrolling vierteljährlich in Form eines Risikoberichts über die Risikosituation inklusive einer Beurteilung.

Mit Hilfe von Frühwarnindikatoren sollen nicht erwartete Marktentwicklungen frühzeitig erkannt werden. Zur Vervollständigung der Risikoperspektive verschaffen wir uns mit Hilfe von regelmäßigen Stresstests Kenntnisse darüber, wie sich unwahrscheinliche, aber mögliche Ereignisse auf Kapitalgrößen, die Liquiditätssituation oder die Ertragslage auswirken könnten. Im Rahmen von inversen Stresstests werden jährlich Untersuchungen vorgenommen, in denen die Belastbarkeit der Bank getestet und nach existenzbedrohenden Ereignissen untersucht wird. Dabei werden Szenarien konstruiert, in denen die Risikotragfähigkeit gefährdet ist oder die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte. Es werden sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze verfolgt.

Wie aufsichtsrechtlich vorgesehen, haben wir zur Vorbereitung auf einen möglichen Krisenfall, der zu einer Bestandsgefährdung der Bank führen könnte, einen Sanierungsplan nach vereinfachten Anforderungen aufgestellt. Ziel ist es, darzulegen, mit welchen Maßnahmen die finanzielle Stabilität der Bank in einem Krisenfall gesichert oder wiederhergestellt werden kann, falls sich die Vermögens-, Finanz- oder Ertragsentwicklung wesentlich verschlechtert. Zu diesem Zweck wurden die Schwellenwerte für relevante Schlüsselindikatoren festgelegt, die regelmäßig überwacht und gesteuert werden. Die Berichterstattung erfolgt monatlich an den Vorstand und Aufsichtsrat.

Adressenausfallrisiken

Zu den Adressenausfallrisiken zählen neben jenen des klassischen Kreditgeschäfts auch Länder- und Kontrahentenrisiken. Diese Risikoart beinhaltet für uns aufgrund des Volumens des betriebenen Kreditgeschäfts das größte Risikopotenzial. Fast ausschließlich betrifft es Kunden innerhalb Deutschlands und es wird maßgeblich durch die Situation an den Immobilienmärkten beeinflusst.

Adressenausfallrisiken bestehen in unserem Haus überwiegend aufgrund möglicher Wertverluste, die durch Bonitäts- oder Sicherheitenverschlechterungen von Kundenforderungen entstehen können. Die vorgenommene Risikovorsorge deckt nach unserer Einschätzung wahrscheinliche Verluste in unserem Kreditportfolio ab. Entsprechend unserer Kreditrisikostrategie haben wir ein Risikoklassifizierungssystem implementiert, das in 16 Risikoklassen aufgeteilt ist und ein detailliertes Abbild unserer Kreditrisiken bietet. Es berücksichtigt sowohl die Bonität des Kreditnehmers als auch die Kreditsicherheiten. Im Rahmen des ökonomischen Risikotragfähigkeitskonzepts werden die Blankoanteile der Risikoklassen mit ihren Ausfallwahrscheinlichkeiten bemessen. Die Bewertungen der Sicherheiten erfolgen nach einem einheitlichen standardisierten Verfahren. Ergänzend werden die zusätzlichen Risiken von Wertverlusten bei Sicherheiten und die Verschlechterung des Kreditratings quantifiziert. Darüber hinaus werden unerwartete Risiken im Kreditportfolio unserer Bank mittels des Modells CreditRisk+ berechnet. Der Credit-Value-at-Risk (CVaR) stellt das unerwartete Verlustrisiko unter Berücksichtigung eines Konfidenzintervalls von 99,9 % innerhalb eines Jahres dar und wird monatlich ermittelt.

Lagen Informationen bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses vor, die einen Wertberichtigungsbedarf bei Kundenforderungen erkennen ließen, haben wir für einen möglichen Forderungsverlust Risikovorsorge in Form von Wertberichtigungen gebildet. Für potenzielle und zum Bilanzstichtag noch nicht identifizierbare Adressenausfallrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen nach den Anforderungen des IDW RS BFA 7 gebildet.

Durch die Variation von Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Entwicklung von Sicherheitenwerten wird das Adressenausfallrisiko in diversen Szenarien gestresst. Es wird untersucht, wie sich die Risikohöhe unter festgelegten und jährlich überprüften Simulationsannahmen entwickelt. Dabei werden die beiden wichtigsten Parameter „Ausfallwahrscheinlichkeiten“ und „Risikoexposure“ erhöht und die Ergebnisse in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Die Überwachung der Engagements auf Risikoklassenebene erfolgt im Hinblick auf

Kontobewegungen, vorhandene Limite und wesentliche Überziehungen täglich. Zusätzlich bestehen wöchentliche und monatliche Kontrollen auf Einzelkreditnehmerebene, um potenzielle negative Entwicklungen und Risiken frühzeitig zu erkennen.

Forderungen gegenüber anderen Kreditinstituten sind nur mit sehr geringen Risiken in Form von Kontrahentenrisiken vorhanden. Die Forderungen bestehen ausschließlich in Form von Guthaben auf Nostrokonten, die bei Zentralbankinstituten und bei der DZ Bank geführt werden.

Im Rahmen des Adressenausfallrisikos betrachten wir auch das Risiko aus unseren Beständen an marktengen Aktientiteln. Die Volumina betragen weiterhin weniger als 1,0 % unserer Eigenmittel.

Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des ökonomischen Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken reservierten Limite auf 32,0 % des Risikodeckungspotenzials. Das auf diese Risikoart aus dem freien Risikodeckungspotenzial allokierte und regelmäßig überwachte Limit ist zum Jahresende mit 52,0 % ausgelastet.

Zum Jahresende 2025 liegt die NPL-Quote der Bank bei über 5,0 %. Die Bank hat eine NPL-Strategie erstellt und die Einhaltung der Strategie wird durch das Risikocontrolling überwacht.

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken umfassen alle potenziellen barwertigen Verluste aufgrund der Veränderung von Marktzinsen. Diese können aus fristeninkongruenter Refinanzierung und aus unterschiedlichen Zinselastizitäten der einzelnen Aktiv- und Passivpositionen resultieren.

Zinsänderungsrisiken sind insgesamt in einem überschaubaren Maße vorhanden, da wir im Kreditgeschäft Zinsvereinbarungen für 3 Monate und bei Einlagen grundsätzlich nicht länger als 12 Monate eingehen. Die barwertige Risikomessung erfolgt monatlich durch eine Value-at-Risk-Berechnung (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 %. Komplementiert wird die Risikosteuerung durch Berechnungen von unterschiedlichen Zinsschockszenarien im Rahmen der Supervisory Outlier Tests in der barwertigen Sicht mithilfe von sechs aufsichtsrechtlichen Szenarien und in der Ertragssicht mithilfe von zwei Schocks. Ergänzend wird das Zinsänderungsrisiko durch die Variation von Parametern in diversen Szenarien gestresst. Daneben werden die Frühwarnindikatoren quartalsweise analysiert.

Mit Blick auf die Risikotragfähigkeit wird ein Risikolimit für Zinsänderungsrisiken vorgehalten, das 4,8 % des Risikodeckungspotenzials beträgt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind jene, die durch Unzulänglichkeiten und Fehler in Geschäftsabläufen, Projekten oder bei mangelhaften Kontrollen sowie durch Betrug entstehen könnten. Als mögliche Ursachen kommen beispielsweise Menschen, Mängel in der Technologie oder organisatorischen Strukturen in Frage.

Durch interne Richtlinien, Festlegung von Zuständigkeiten, die Installation des Vier-Augen-Prinzips und ein wirksames internes Kontrollsystem steuern wir diesen Risikobereich. Jährlich werden die Abläufe auf ihr Risikopotenzial hin untersucht und die Höhe sowie Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Es wird festgestellt, ob risikoreduzierende Maßnahmen vorhanden und ausreichend sind. Hierzu zählt auch die Überprüfung des bestehenden Versicherungsumfangs. Unsere Verträge und Formulare passen wir stets an geänderte gesetzliche Vorschriften an. Schäden werden in einer Datenbank dokumentiert und klassifiziert. Bei Bedarf werden Maßnahmen eingeleitet, um Schäden in Zukunft zu vermeiden bzw. zu begrenzen.

In Höhe der ermittelten Risiken wird das eingeräumte Risikolimit ausgelastet. Insgesamt beläuft sich das im Rahmen des ökonomischen Risikotragfähigkeitskonzepts für erwartete operationelle Risiken reservierte Limit auf 0,9 % des Risikodeckungspotenzials. In Stressszenarien erhöhen wir den Betrag für operationelle Risiken pauschal auf das Doppelte oder Dreifache. Die unerwarteten operationellen Risiken werden pauschal im Rahmen der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Für laufende Rechtsstreitigkeiten und für mögliche Auswirkungen von BGH-Urteilen haben wir ausreichend Vorsorge getroffen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Unter die sonstigen Marktpreisrisiken werden im Allgemeinen das Kurs- und das Währungsrisiko subsumiert. Sie entstehen, wenn die Wertentwicklung oder der Ertrag eines Geschäftes von den zukünftigen Entwicklungen von Aktien- und Devisenkursen abhängt. Die sonstigen Marktpreisrisiken spielen für uns eine untergeordnete Rolle.

Die Bank ist kein Handelsbuchinstitut und hält keine Wertpapiere im Handelsbestand. Die Aktieninvestments im Anlagebuch werden aus kaufmännischer Vorsicht mit ihrem Buchwert nach dem Niederstwertprinzip vollständig vom ökonomischen Risikodeckungspotenzial abgezogen.

Risiken aus Währungsgeschäften und dem Finanzderivatehandel bestehen nicht. Diese Geschäfte werden ausschließlich auf Rechnung für Kunden betrieben.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Fall einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen erworben werden können. Wir unterscheiden zwischen dem

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das mit der Gefahr verbunden ist, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann.

- Refinanzierungskostenrisiko, das die Gefahr beinhaltet, dass Refinanzierungsmittel, insbesondere in Stressphasen, nur zu erhöhten Marktsätzen zur Verfügung stehen.

- Marktliquiditätsrisiko, das für die Gefahr steht, dass Refinanzierungsmittel aufgrund eines illiquiden Geld- und Kapitalmarktes nicht vollständig aufgenommen oder Aktiva nur mit Abschlägen veräußert werden können.

Täglich überwachen wir die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse und steuern entsprechend die Liquidität auf unseren Konten. Bei der Aufnahme von neuen Geldern am Geld- und Kapitalmarkt wird eine Marktkonformitätskontrolle durchgeführt. Regelmäßig werden in unterschiedlichen Modellen die zukünftigen Zahlungsmittelzu- und -abflüsse simuliert, um einen möglichen Liquiditätsengpass zu identifizieren. Wir verändern in den Stressszenarien die Zu- und Abflussparameter, um Veränderungen im Zahlungs- und Abrufverhalten unserer Kunden zu simulieren und deren Auswirkungen auf unsere Liquidität sowie den Überlebenshorizont zu untersuchen. Für Fälle, in denen Liquiditätsengpässe bestehen sollten, wurden Maßnahmen für die Generierung zusätzlicher Zahlungsmittel festgelegt.

Unsere Refinanzierung erfolgt im Wesentlichen in Form von kurzfristigen Sicht-, Spar- und Termineinlagen sowie Kündigungsgeldern von Kunden. Ergänzend werden unsere Retaileinlagen über eine Einlagenvermittlungsplattform aufgenommen. Daneben besteht die Möglichkeit, kurzfristige Liquidität bei anderen Kreditinstituten aufzunehmen.

Unter den Annahmen von Zahlungsmittelzu- und -abflüssen sind in den monatlich durchgeführten Berechnungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) keine strukturellen Liquiditätsprobleme erkennbar geworden. Die im Geschäftsjahr geltende aufsichtsrechtliche Untergrenze von 100 % haben wir eingehalten. Zum Jahresende betrug die Kennziffer 348 %.

Die Net Stable Funding Ratio betrug zum Jahresende 137 % und lag damit ebenfalls über der im Geschäftsjahr geltenden aufsichtsrechtlichen Untergrenze von 100 %.

Im Rahmen der ökonomischen Perspektive der Liquiditätsrisiken wird die Kennzahl „Überlebenshorizont" vierteljährlich ausgewertet und überwacht. Zum Jahresende lag der Überlebenshorizont über der Frühwarngrenze von 40 Tagen.

Zusammenfassung der Risikolage

Ausgangspunkt unserer Risikosteuerung sind die Vorgaben des Risikotragfähigkeitskonzepts. Es beschreibt das Ziel der Risikosteuerung sowie alle Komponenten unseres Risikodeckungspotenzials und den Umgang mit den identifizierten Risiken. Das Konzept wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Insgesamt ist das vorhandene ökonomische Risikodeckungspotenzial in Höhe von 93,4 Mio. Euro zu 20 % durch die quantifizierten wesentlichen Risiken ausgelastet. Zum Jahresende bestanden keine Risiken, die über das installierte Gesamtrisikolimit hinausgingen. Die ökonomische Risikotragfähigkeit wurde somit eingehalten.

Das Risikocontrolling überwacht täglich die Kapital- und Liquiditätsindikatoren sowie monatlich die weiteren Schlüsselindikatoren im Rahmen des Risikomanagements. Quartalsweise führt es Stresstests bei den Adressenausfallrisiken, den Zinsänderungsrisiken, den operationellen Risiken und den Liquiditätsrisiken sowie eine Abweichungsanalyse von der Ergebnisplanung durch. Darüber hinaus analysiert und beurteilt das Risikocontrolling im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts die Adressenausfallrisiken sowie Risikokonzentrationen aus Bestands- und Neugeschäften auf Basis des Gesamtportfolios. Strategische Risikokonzentrationen bestehen durch das Kreditgeschäft in den Zielregionen Hamburg und Berlin. Auf Ebene der Einzelkreditnehmer werden wöchentliche Überprüfungen der Engagemententwicklungen vorgenommen. Wir überwachen damit innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts alle als wesentlich identifizierten Risiken der Bank.

Die Angemessenheit der Eigenmittel jedes Kreditinstituts wird durch Rahmenbedingungen der Bankenaufsicht geregelt. Die Gesamtkapital- und Kernkapitalquoten nach CRR betrugen am Jahresende 20,2 %. Die Gesamtkapitalquote lag damit deutlich über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die normative Risikotragfähigkeit im mehrjährigen Betrachtungshorizont für die Jahre 2026 – 2028 wurde im Basisszenario sowie in den adversen Szenarien eingehalten.

4. PROGNOSEN, CHANCEN UND RISIKEN

Der nachfolgende Teil der aktuellen Prognoseberichterstattung basiert auf der durch den Vorstand erstellten und durch den Aufsichtsrat gebilligten Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2026.

In den ersten Monaten des Jahres 2026 stieg der DAX zunächst auf ein neues Allzeithoch, um dann nach dem Beginn des Irankriegs wieder nachzugeben. Im Mai haben sich die Kurse bislang wieder etwas erholt, notieren allerdings leicht unter den Jahreshöchstständen. Wir erwarten den deutschen Leitindex im weiteren Verlauf des Jahres zwischen 22.000 und 26.000 Punkten mit temporären Ausschlägen. Ein weiteres Allzeithoch im Jahresverlauf scheint mithin möglich. Wir schätzen die Unsicherheiten auf Seiten der Geld- und Geopolitik dabei unverändert als hoch ein.

Im Jahr 2026 verfolgt die Europäische Zentralbank eine abwartende Geldpolitik. Aufgrund der aktuell noch nicht vollständig absehbaren Auswirkungen des Irankriegs auf die Inflation und in Anbetracht der externen Handelskonflikte wird ein weiteres Abwarten der EZB erwartet. Tendenziell gehen wir dabei von einer perspektivischen Anhebung der Leitzinsen zur Bekämpfung der Inflation aus.

Wegen weiterhin deutlich positiver Renditen im Rentenmarkt stehen unseres Erachtens neben Aktien auch Anleihen im Fokus der Anleger. Wir erwarten, dass die kurzfristigen Anleiherenditen sich mit den Zinsen der EZB entwickeln. Die langfristigen Anleiherenditen sind weniger abhängig von den Leitzinsen der EZB. Immobilien spielen weiterhin eine wichtige Rolle für Anleger, wobei die Attraktivität durch die höheren Zinsen niedriger ist als in den Jahren vor dem Zinsanstieg. In unserer Planung gehen wir gegenüber dem Vorjahr von konstanten Zinsen und einer Inflationsrate von etwas über 2,0 % aus. Aktuell sehen wir allerdings ein leicht steigendes Zinsniveau mit Auswirkungen auch auf längere Laufzeiten.

Bevorzugte Anlagen im Jahr 2026 werden unseres Erachtens wieder Aktien sowie Anleihen mit kurz- bis mittelfristigen Laufzeiten sein. Ebenso sind Investitionen in Rohstoffe und Gold in unserem Fokus.

Im Immobilienbereich erwarten wir nach dem starken Rückgang der Transaktionen am Immobilienmarkt in den Vorjahren 2022 und 2023, der Stabilisierung im Jahr 2024 und dem leichten Anstieg im Jahr 2025 für das Jahr 2026 in den Metropolregionen eine weiterhin vorsichtig zurückkehrende Nachfrage nach Wohnimmobilien. Nach den signifikanten Preissteigerungen in der Niedrigzinsphase und den nachfolgenden Preisrückgängen der letzten drei Jahre ge-

hen wir in unseren Zielregionen Hamburg und Berlin nun von leicht steigenden Kaufpreisen im laufenden Jahr 2026 aus. Außerdem werden weitere Mietpreissteigerungen aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum erwartet. Auf Sylt erwarten wir eine grundsätzlich stabile Nachfrage nach Wohnraum, und dass die Anzahl der Neubauprojekte aufgrund der wenigen freien Flächen, stärker werdender Regularien und der Neuordnung rund um die Handhabung dortiger Fremdvermietungen/Ferienimmobilien weiter zurückgeht.

Trotz der im Vergleich zu den Jahren vor 2022 moderaten Immobilienkonjunktur sehen wir insgesamt weiterhin gute Chancen unsere Geschäfte in der Immobilienzwischenfinanzierung und Vermögensanlage erfolgreich betreiben zu können. Wir rechnen für das laufende Jahr mit einer leicht steigenden Kreditinanspruchnahme bei leicht sinkender Zinsspanne. Dies führt in unserer Planung zu einem im Vergleich zum Geschäftsjahr 2025 leicht sinkenden Zinsergebnis.

Für das Provisionsergebnis insgesamt erwarten wir einen Rückgang, der vor allem im Kreditgeschäft begründet ist. Auch in der Vermögensanlage rechnen wir nach den sehr guten Ergebnissen im Vorjahr mit einem niedrigeren Provisionsergebnis.

Hinsichtlich des Vermögensverwaltungs- und Depotvolumens planen wir kursbereinigt eine moderate Steigerung der durchschnittlichen Assets-under-Management.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir analog der allgemeinen Kostensteigerung 2026 etwas über dem Vorjahrwert angesetzt.

Wertberichtigungen im Kreditgeschäft wurden auf Basis des erwarteten Ausfallrisikos unseres Kreditportfolios ermittelt und an das Kreditvolumen angepasst. Insgesamt erwarten wir im Vergleich zu 2025 ein verbessertes Risikoergebnis.

Aufgrund unserer Konzentration auf die uns gut bekannten Zielmärkte im Immobiliengeschäft und der hohen Kundenorientierung in beiden Geschäftsfeldern sowie unserer qualifizierten und engagierten Mitarbeiter sehen wir uns gut gerüstet, die sich aus geopolitischen Vorkommnissen und wirtschaftlichen Veränderungen ergebenden Risiken zu beherrschen und gleichsam unsere Chancen erfolgreich nutzen zu können.

In Abwägung der beschriebenen Faktoren erwarten wir für das Geschäftsjahr 2026 im Vergleich zum Vorjahr ein besseres Ergebnis.

Hamburg, den 28. Mai 2026

Der Vorstand

Norbert Kistermann Christoph Schellkes

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2025

Aktiva

	31.12.2025		31.12.2024
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. BARRESERVE			
a) Kassenbestand	41		43
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	0		5
(darunter: bei der Deutschen Bundesbank)	*(0)*		*(5)*
		41	48
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE			
a) täglich fällig	55.221		66.739
b) andere Forderungen	450		450
		55.671	67.189
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN		311.001	335.902
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE			
Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) von öffentlichen Emittenten	3.998		8.069
(darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	*(3.998)*		*(8.069)*
b) von anderen Emittenten	0		0
(darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	*(0)*		*(0)*
		3.998	8.069
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		90	279
6. HANDELSBESTAND		0	0
7. BETEILIGUNGEN		0	0
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2	3
9. SACHANLAGEN		111	161
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		636	1.030
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		140	377
Summe der Aktiva		371.690	413.057

Passiva

	31.12.2025 Tsd. Euro	Tsd. Euro	31.12.2024 Tsd. Euro
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN			
a) täglich fällig	1.733		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0		0
		1.733	0
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN			
a) Spareinlagen			
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		12.836	18.658
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	56.834		44.407
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	215.742		256.672
		272.575	301.080
		285.412	319.737
3. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		815	531
4. RÜCKSTELLUNGEN			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.744		1.753
b) Steuerrückstellungen	480		1.206
c) andere Rückstellungen	2.661		3.054
		4.884	6.014
5. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKRISIKEN		26.850	26.850
(darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)		*(0)*	(0)
6. EIGENKAPITAL			
a) gezeichnetes Kapital	6.850		6.850
b) Kapitalrücklage	2.577		2.577
c) Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen	41.623		41.623
d) Bilanzgewinn	945		8.875
		51.995	59.925
Summe der Passiva		371.690	413.057
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		983	1.022
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN Unwiderrufliche Kreditzusagen		20.732	20.804

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

	2025		2024
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. ZINSERTRÄGE			
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	24.903		27.203
abzgl. negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	0	24.903	0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		154	373
		25.057	27.576
2. ZINSAUFWENDUNGEN	7.139		8.504
abzgl. positive Zinsen aus dem Einlagengeschäft	0	7.139	0
		17.919	19.072
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS AKTIEN		4	4
4. PROVISIONSERTRÄGE	4.565		3.591
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN	319		228
		4.246	3.363
6. NETTOERTRAG DES HANDELSBESTANDS		0	0
7. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		257	108
8. ALLGEMEINE VERWALTUNGSAUFWENDUNGEN			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	4.088		4.638
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	611		495
(darunter: für Altersversorgung)	*(74)*		*(93)*
	4.699		5.133
b) andere Verwaltungsaufwendungen	3.287		3.490
		7.986	8.624
9. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN		80	74
10. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		215	130
11. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT		8.152	521

		2025		2024
		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
12.a	ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		0	203
12.b	ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN		95	0
13.	ZUFÜHRUNGEN ZUM FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKRISIKEN		0	0
	(darunter: Zuführung Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)		*(0)*	*(0)*
14.	ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		6.088	12.995
15.	STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	5.180		4.134
16.	SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	2		4
			5.182	4.138
17.	JAHRESÜBERSCHUSS		906	8.857
18.	GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR		39	18
19.	EINSTELLUNGEN IN ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN		0	0
20.	BILANZGEWINN		945	8.875

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

ALLGEMEINE ANGABEN

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Firma:
Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft

Sitz: Hamburg

Registergericht: Amtsgericht Hamburg

Handelsregisternummer: HRB 36936

Vorschriften zur Rechnungslegung

Den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2025 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Vorjahr unverändert beibehalten:

Die Barreserve wird zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

Allen erkennbaren Risiken haben wir durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Rückstellungen Rechnung getragen.

Einzelwertberichtigungen werden für identifizierte ausfallgefährdete Kredite in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet, der sich aus der Forderungshöhe abzüglich der zu erwartenden Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten ergibt.

Zur Abdeckung latenter Risiken im Forderungsbestand sowie bei Eventualverbindlichkeiten bestehen Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen. Sie werden nach den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7 ermittelt.

Die Bank nutzt das Wahlrecht, die Wertpapiere des Anlagebestands nach dem strengen Niederstwertprinzip zu bewerten. Das Wertaufholungsgebot wird berücksichtigt. Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt bis auf zwei Aktienpositionen, von denen eine

mit Null angesetzt wird und die andere mit dem Buchwert, auf Basis von Börsen- oder Marktpreisen zum Bilanzstichtag.

Im Geschäftsjahr wurden keine Beteiligungen gehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um linear berechnete planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen nehmen wir bei darüberhinausgehender dauernder Wertminderung vor.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt. Bei der Bewertung wird die Anwartschaftsbarwertmethode zugrunde gelegt.

Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde durch Bildung entsprechender Rückstellungen Rechnung getragen. Sie werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Entsprechend den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ haben wir durch eine Berechnung auf der Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nachgewiesen, dass die Bildung einer Rückstellung nach § 340a in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich ist. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zugrunde gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir die zukünftigen Periodenergebnisbeiträge des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch anfallenden Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen handelsrechtlichen

und steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Sie werden unter Anwendung der unternehmensindividuellen Steuersätze (Körperschaftsteuer 15,0 %, Solidaritätszuschlag 5,5 %, Gewerbesteuer 16,45 %) und der Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen erwartet wird. Vom Wahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, die sich nach Saldierung insgesamt ergebenden zukünftigen Steuerentlastungen zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht. Die zukünftigen Steuerentlastungen betreffen im Wesentlichen die Kreditrisikovorsorge.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag ausgewiesen. Die Einschätzung des Ausfallrisikos für unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird nach den für die Ermittlung von Wertberichtigungen geltenden Grundsätzen vorgenommen.

Die Fremdwährungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB. Dabei sind die Aktiv- und Passivwerte, die auf fremde Währung lauten, zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Aufwendungen und Erträge gehen zu den Umrechnungskursen des jeweiligen Buchungstages in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Sämtliche Verbindlichkeiten und Ansprüche je Währung sind besonders gedeckt. Daher werden neben den Verlusten auch die Gewinne aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das Ergebnis von 1 Tsd. Euro (Vorjahr 1 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(Alle Tabellenangaben in Tsd. Euro. Aufgrund von mathematischen Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben.)

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN	31.12.2025	31.12.2024
Aktivseite		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	450	450
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	450	450
Forderungen an Kunden	311.001	335.902
mit unbestimmter Laufzeit	0	0
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	184.941	172.573
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	116.483	162.189
mehr als ein Jahr		
bis zu fünf Jahren	9.577	1.140
mehr als fünf Jahren	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen	3.998	8.069
davon: im Folgejahr fällig	0	4.064
Passivseite		
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	215.742	256.672
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	118.497	137.312
mehr als drei Monaten		
bis zu einem Jahr	97.245	119.360
mehr als ein Jahr		
bis zu fünf Jahren	0	0
mehr als fünf Jahren	0	0

Anteilige Zinsen werden gemäß § 11 Satz 3 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten aufgegliedert. Der Ausweis erfolgt grundsätzlich im ersten Laufzeitband.

Forderungen an Kunden

Dieser Bilanzposten macht rund 84,0 % der Aktivseite unserer Bilanz aus. Er enthält im Wesentlichen Forderungen aus der Immobilien- und Bauträgerzwischenfinanzierung.

Nachrangige Forderungen liegen nicht (Vorjahr 1.000 Tsd. Euro) vor.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Bilanzwert von 3.998 Tsd. Euro (Vorjahr 8.069 Tsd. Euro) sind börsenfähig und börsennotiert.

Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 90 Tsd. Euro (Vorjahr 279 Tsd. Euro) sind börsenfähig aber nicht börsennotiert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

ANLAGEVERMÖGEN	Schuld-verschrei-bungen	Aktien	Betei-ligungen	Immaterielle Anlage-werte	Sach-anlagen	Gesamt
Anschaffungskosten						
Stand Vorjahr	8.233	2.857	0	133	752	11.975
Zugänge	18	0	0	0	29	47
Abgänge	4.220	332	0	129	314	4.995
Stand 31.12.2025	4.031	2.525	0	4	467	7.027
Abschreibungen						
Stand Vorjahr	163	2.578	0	129	591	3.461
Abschreibungen im Geschäftsjahr	3	0	0	1	79	83
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	7	0	0	0	0	7
Abgänge	126	143	0	129	314	712
Stand 31.12.2024	33	2.435	0	2	356	2.826
Restbuchwert						
Stand Vorjahr	8.069	279	0	3	161	8.512
Stand 31.12.2025	3.998	90	0	2	111	4.201

Die Sachanlagen betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden im Zusammenhang mit Zu- und Abgängen sowie Umbuchungen Abschreibungen in Höhe von 29 Tsd. Euro (Vorjahr 13 Tsd. Euro) vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände betragen 636 Tsd. Euro (Vorjahr 1.030 Tsd. Euro). Der Posten enthält im Wesentlichen eine Immobilie in Berlin in Höhe von 450 Tsd. Euro.

Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten in Höhe von 815 Tsd. Euro (Vorjahr 531 Tsd. Euro) werden überwiegend Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag anhand der Anwartschaftsbarwertmethode bemessen. Folgende Parameter wurden der Bewertung zugrunde gelegt:

- Rechnungszinssatz: 2,06 % p.a. (Vorjahr 1,90 % p.a.)
- Rententrend: 1,00 % bzw. 1,75 % p.a. (wie im Vorjahr)
- Biometrische Rechnungsgrundlagen: „Heubeck Richttafeln 2018G"

Der Rechnungszinssatz entspricht dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre. Der Zinsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 35 Tsd. Euro (Vorjahr 32 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Im Jahr 2025 hat sich die Zinsrelation zwischen dem 7-Jahres- und dem 10-Jahres-Durchschnittszins nicht verändert. Der 10-Jahres-Durchschnittszins ist zum 31.12.2025 geringer als der 7-Jahres-Durchschnittszins. Damit wird der Differenzbetrag negativ, so dass keine Ausschüttungssperre besteht (wie im Vorjahr).

Die anderen Rückstellungen in Höhe von 2.661 Tsd. Euro betreffen insbesondere personalbezogene Rückstellungen (856 Tsd. Euro), Rückstellungen im Kreditgeschäft (884 Tsd. Euro) und für ausstehende Rechnungen (466 Tsd. Euro). Auf- und Abzinsungsbeträge von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1 Tsd. Euro) bzw. Erträgen (0 Tsd. Euro) gezeigt.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 6.850 Tsd. Euro und ist eingeteilt in 137.000 Aktien zu je 50 Euro.

Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.577 Tsd. Euro.

Die anderen Gewinnrücklagen betragen 41.623 Tsd. Euro. Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Fremdwährungsvolumina und Termingeschäfte

In den Aktiva werden auf fremde Währungen lautende Vermögenswerte in Höhe von umgerechnet 418 Tsd. Euro (Vorjahr 543 Tsd. Euro) ausgewiesen. Die Passivseite enthält Schuldposten von 418 Tsd. Euro (Vorjahr 533 Tsd. Euro). Schwebende Kassageschäfte oder Devisentermingeschäfte bestehen nicht.

Am Bilanzstichtag bestanden auch keine sonstigen noch nicht abgewickelten Termingeschäfte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden Zahlungsverpflichtungen aus einem langfristigen Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von vier Jahren in Höhe von insgesamt 2.014 Tsd. Euro.

Darüber hinaus bestehen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von 983 Tsd. Euro (Vorjahr 1.022 Tsd. Euro), die weitgehend durch Barsicherheiten gedeckt sind, sowie Unwiderrufliche Kreditzusagen von 20.732 Tsd. Euro (Vorjahr 20.804 Tsd. Euro).

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Als Sicherheitsleistung für Wertpapierlieferungen und Devisenhandel sind 450 Tsd. Euro bei einem Kreditinstitut hinterlegt. Außerdem sind Aktien mit einem Kurswert zum Bilanzstichtag von 0 Tsd. Euro (Vorjahr 163 Tsd. Euro) als Sicherheit bei einem Kreditinstitut hinterlegt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zinserträge

In diesem Posten weisen wir im Wesentlichen die Zinserträge aus der Immobilien-Zwischenfinanzierung aus.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen enthalten fast ausschließlich die Refinanzierungskosten aus unseren Kundeneinlagen sowie die Provisionen mit Zinscharakter für vermittelte Einlagen. Positive Zinsen auf Einlagen von Kunden haben wir von diesem Posten offen abgesetzt.

Provisionserträge

Die Provisionserträge entfallen im Wesentlichen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung von Wertpapieren, emissionsbegleitende Tätigkeiten sowie auf Entgelte im Zusammenhang mit kurzfristigen Zwischenfinanzierungen im Immobilienkreditgeschäft.

Provisionsaufwendungen

Die Aufwendungen für Dienstleistungen im Bereich Vermögensanlage (z. B. Transaktionsentgelte) werden in diesem Posten ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Auflösungen von nicht mehr benötigten Rückstellungen in Höhe von 246 Tsd. Euro.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Aufwendungen berücksichtigen den Personalaufwand sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen aus Schadensfällen in Höhe von 171 Tsd. Euro und dem Zinsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (35 Tsd. Euro) zusammen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Diese Position beinhaltet die Zuführungen und Auflösungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

In diesem Posten werden Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken berücksichtigt.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen führen zu einem vom handelsrechtlichen Ergebnis abweichenden, höheren zu versteuernden Einkommen.

Die Ertragsteuern betreffen fast ausschließlich das Geschäftsjahr 2025.

Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 906 Tsd. Euro (Vorjahr 8.857 Tsd. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 39 Tsd. Euro ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 945 Tsd. Euro (Vorjahr 8.875 Tsd. Euro).

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

SONSTIGE ANGABEN

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden 33 (Vorjahr 34) Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Davon waren 13 (Vorjahr 12) weiblich und 20 (Vorjahr 22) männlich. Zum Jahresende 2025 waren 10 (Vorjahr 10) Teilzeitkräfte beschäftigt.

Bezüge und Kredite der Organe

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 beträgt 150 Tsd. Euro (Vorjahr 120 Tsd. Euro).

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie der Angabe der Hinterbliebenenbezüge gemäß § 285 Nr. 9b HGB haben wir von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands waren wie im Vorjahr keine Kredite vergeben.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE	2025	2024
Abschlussprüfungsleistungen	241	249
Andere Bestätigungsleistungen	41	41
Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	-	-
	282	290

Es werden die als Aufwand erfassten Honorare ohne Umsatzsteuer ausgewiesen. Die Abschlussprüfungsleistungen betreffen ausschließlich die Jahresabschlussprüfung. Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen in voller Höhe auf die Prüfung des Wertpapierdienstleitungsgeschäfts nach § 89 WpHG.

Nahestehende Personen und Unternehmen

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen werden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Bedingungen, über die gemäß § 285 Nr. 21 HGB zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

Country by Country Reporting

Im Rahmen der Umsetzung des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36 (Capital Requirements Directive, CRD IV) wurden in § 26a KWG Angabepflichten zur länderbezogenen Aufgliederung bestimmter Informationen aufgenommen:

Firma:	Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Lage:	Hamburg
Umsatz:	22.426 Tsd. Euro
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger:	30 Vollzeitäquivalente
Gewinn vor Steuern:	6.088 Tsd. Euro
Steuern auf Gewinn:	5.180 Tsd. Euro
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	-

Die Bank unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin unterliegt die Bank keiner Konsolidierungspflicht.

Gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ist die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme offenzulegen. Sie beträgt 0,24%.

ORGANE

Aufsichtsrat

Dr. Thomas Brakensiek	Vorsitzender Vorstand CPU Softwarehouse AG
Torsten Heick	stellv. Vorsitzender Bankdirektor i. R.
Fabian Schröder	Bankkaufmann Mitarbeiter der Bank und Vertreter der Eigentümerfamilie
Cornelius Schröder (seit 27.01.2025)	Geschäftsführer DämmExpert GmbH Vertreter der Eigentümerfamilie

Vorstand

Norbert Kistermann	Vorsitzender des Vorstands
Christoph Schellkes	Mitglied des Vorstands
Helmuth Spincke	Vorsitzender des Vorstands, ausgeschieden am 31.12.2025

Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Hamburg, den 28. Mai 2026

Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft

Norbert Kistermann

Christoph Schellkes

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank AG – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Otto M. Schröder Bank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war die Bewertung der Forderungen an Kunden am bedeutsamsten in unserer Prüfung. Nachfolgend stellen wir diesen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Sachverhalt und Problemstellung

Das Adressenausfallrisiko resultiert bei der Otto M. Schröder Bank AG im Wesentlichen aus dem Kreditgeschäft mit Kunden. Infolgedessen stellt die Bewertung der Forderungen an Kunden unter Berücksichtigung der gebildeten Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar. Diese Auswahl erfolgte insbesondere aus Gründen der Wesentlichkeit und wegen der Verwendung geschätzter Werte in dieser Bilanzposition.

Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben wir zunächst die Wirksamkeit des relevanten internen Kontrollsystems der Otto M. Schröder Bank AG im Hinblick auf die Bewertung der Forderungen an Kunden unter Berücksichtigung der gebildeten Risikovorsorge in Form von Einzelwert- berichtigungen beurteilt. Wir haben das interne Kontrollsystem bezüglich der Kreditvergabe sowie hinsichtlich der korrekten

Handhabung der Ratingverfahren und der Sicherheitenbewertung geprüft. Zudem haben wir die Bewertung der Forderungen auf der Basis von Einzelfällen beurteilt. Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Forderungen an Kunden ergeben.

Verweis auf weitere Informationen

Die Angaben der Otto M. Schröder Bank AG zum Ausweis und zur Bewertung der Forderungen an Kunden sind im Anhang im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze" enthalten. Zudem sind Ausführungen zur Steuerung der Adressenausfallrisiken im Lagebericht in Abschnitt „3. Bericht über das Risikomanagement" enthalten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Ver-

treter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu kön- nen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft, zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtü-

mern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel interner Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungs- sachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS ART. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 23. Mai 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Oktober 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ralph Hüsemann.

Frankfurt am Main, den 28. Mai 2026

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralph Hüsemann	Anna Heuschkel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2025 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben sorgfältig wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht und geprüft. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank waren, frühzeitig eingebunden und hat insbesondere die strategische Weiterentwicklung beratend begleitet.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die Geschäftsentwicklung, die Planung, die Projekte und die Situation der Bank einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements. Dazu erhielt der Aufsichtsrat vom Vorstand unter anderem monatlich einen detaillierten Bericht über die aktuelle Geschäfts- und Risikosituation sowie quartalsweise den ausführlichen Risikobericht. Darüber hinaus informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über neue Kredite ab einer bestimmten Größenordnung und Risikoklasse. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen hat der Vorstand im Einzelnen mit dem Aufsichtsrat ausführlich erläutert. Der Aufsichtsrat konnte stets ein aussagefähiges Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank gewinnen.

Der Aufsichtsrat kam im Geschäftsjahr 2025 zu insgesamt vier ordentlichen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung zusammen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem in der ordentlichen Hauptversammlung am 23. Mai 2025 gewählten Abschlussprüfer Baker Tilly GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Als Ergebnis der Prüfung wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Danach vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft. Der Prüfungsbericht wurde allen Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 28. Mai 2026 teil. Er erläuterte die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete Fragen zum Jahresabschluss und zum Prüfungsbericht.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft und das Prüfungsergebnis der Wirtschafts-

prüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat daher in seiner Sitzung am 28. Mai 2026 den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für ihre geleistete, erfolgreiche Arbeit sowie die gute Geschäftsentwicklung im Jahr 2025, das aufgrund außergewöhnlicher Rahmenbedingungen nicht arm an Herausforderungen war. Dieser Dank gilt insbesondere Herrn Helmuth Spincke, der von Oktober 2002 bis zum Ende dieses Berichtsjahres als Vorstand tätig war und nun seinen Ruhestand genießen kann. Als dessen Nachfolger hat der Aufsichtsrat im Mai 2025 Herrn Christoph Schellkes gewinnen können, der nun seit Oktober für die Bank Verantwortung trägt.

Hamburg, den 29. Mai 2026

Dr. Thomas Brakensiek

Vorsitzender des Aufsichtsrats

OTTO M. SCHRÖDER BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Axel-Springer-Platz 3
20355 Hamburg

Tel.: (040) 359 28-0
Fax: (040) 359 28-101

www.schroederbank.de